



NEWSLETTER



**KAS AUSLANDSBÜRO MADRID
FÜR SPANIEN UND PORTUGAL**

AUSGABE 14
21. April 2008

Newsletter aus Madrid

>> PSD-Chef Menezes überraschend zurückgetreten



Der Vorsitzende der konservativen portugiesischen Partei PSD, Luís Filipe Menezes (Foto), hat am Donnerstagabend die Konsequenzen aus der schweren internen Krise seiner Partei gezogen. Bei einer Pressekonferenz in der Lissabonner Parteizentrale erklärte Menezes seinen Rücktritt. Die andauernden Streitigkeiten innerhalb der PSD hätten ihn zu dem Entschluss gebracht, dass es jetzt „genug“ sei. Er habe erkennen müssen, so Menezes, dass es ihm nicht gelungen sei, die Partei zu einen. Zudem habe er genug davon, in einem „Klima ständiger Verschwörungen“ arbeiten zu müssen. Deshalb werde er den Parteivorstand darum ersuchen, für den 24. Mai Neuwahlen zur PSD-Spitze auszuschreiben, wolle dabei jedoch selbst nicht erneut kandidieren. Menezes forderte all jene auf, „die in den letzten Monaten behauptet haben, gute Führungspersönlichkeiten und gute Kandidaten zu sein und die richtigen Ideen zu haben“, jetzt im Interesse der PSD und aller Portugiesen ihren Hut in den Ring zu werfen. Menezes selbst will sich künftig wieder mit voller Kraft seinem bisherigen Job als Bürgermeister der Stadt Vila Nova de Gaia (bei Porto) widmen.



Luis Filipe Menezes war erst am 28. September 2007 in einer Kampfkandidatur gegen den vorherigen Parteichef Luís Marques Mendes zum PSD-Vorsitzenden gewählt worden. Seitdem hatte sich die Partei in zwei Flügel gespalten. Diese hatten sich gegenseitig in den letzten Monaten einen Kleinkrieg geliefert und gegeneinander intrigiert. Unter anderem wurden innerparteiliche Konkurrenten vor das Parteigericht zerrt und wechselseitig Beleidigungen getauscht. Die Situation wurde immer bersichtlicher. Mittlerweile ist für politische Beobachter kaum noch zu erkennen, wo genau die Frontlinien innerhalb der Partei verlaufen, da sowohl der Menezes-Flügel als auch der Mendes-Flügel wiederum fraktionen haben. Zudem existiert in der Partei ein Flügel, der dem ehemaligen Mitterpräsidenten und heutigen EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Durão Barroso (Foto) nahe steht. Die internen Querelen in der Partei basieren dabei sächlich auf persönlichen Feindschaften (wie etwa zwischen Menezes und dem Bürgermeister von Porto, Rui Rio) und kaum auf unterschiedlichen ideologischen Einstellungen.



Die portugiesische Öffentlichkeit reagiert schon seit Monaten auf die Streitigkeiten innerhalb der PSD mit schlechten Umfrageergebnissen. Trotz der zahlreichen Proteste gegen die regierenden Sozialisten von Ministerpräsident José Sócrates liegt die PSD deutlich hinter der PS in den Meinungsumfragen.

Unmittelbar nach dem Rücktritt von Menezes spekulierten politische Beobachter und Medien über die Nachfolge. Eine Rückkehr des von Menezes geschassten Luís Marques Mendes scheint derzeit ausgeschlossen zu sein.

Inhalt

- **Seite 1**
 - PSD-Chef Menezes überraschend zurückgetreten
- **Seite 2**
 - Zapatero setzt auf Kontinuität - „Neues“ Kabinett vorgestellt
- **Seite 4**
 - Scharfe Kritik an neuer Verteidigungsministerin Chacón
- **Seite 5**
 - Jesús Caldera soll PSOE-Parteistiftung aufbauen
- **Seite 6**
 - Sachschäden und Verletzte nach ETA-Bombe
 - Personelle Konsequenzen nach Atomunfall gezogen
 - Regierung beschließt Wasser-Umleitung aus dem Ebro nach Katalonien
- **Seite 7**
 - Nachgehakt: 6.000 Euro Strafe für Minirockzwang in Krankenhaus
 - Letzte Ausgabe des „Newsletter aus Madrid“



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 14 |
21. APRIL 2008

www.kas.de/Spainen



Dagegen steht die ehemalige portugiesische Finanz- und Bildungsministerin, Manuela Ferreira Leite (Foto), hoch im Kurs. Sie gilt als Gefolgsfrau des innerhalb der Partei angesehenen portugiesischen Staatspräsidenten Aníbal Cavaco Silva. Ihr wird am ehesten zugetraut, die Partei zu einen und eine Rückkehr der PSD in die Regierungsverantwortung zu bewerkstelligen. Weniger Chancen werden dem Abgeordneten Aguiar Branco eingeräumt. Dieser hatte am Tag des Menezes-Rücktritts in einem Zeitungsinterview die Ablösung seines Chefs gefordert und sich selbst als möglichen PSD-Spitzenkandidaten für 2009 ins Gespräch gebracht. Eine erneute Kampfkandidatur um den PSD-Vorsitz wie im vergangenen Jahr ist nicht auszuschließen.

>> Zapatero setzt auf Kontinuität - „Neues“ Kabinett vorgeschlagen

Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero hat sich viel vorgenommen: Eine „neue Legislaturperiode ohne Polarisierung und Spaltung“ (*crispación*) will er den Spaniern bringen. Dabei setzt der Regierungschef jedoch weitgehend auf die gleichen Gesichter, die in der letzten Legislaturperiode für das gespannte gesellschaftliche Klima maßgeblich mitverantwortlich waren. Von den 17 neuen Ministern (Foto) hatten 12 bereits vor



den Wahlen ein Ressort inne. Neu ist hingegen die Zusammensetzung der Geschlechter. Mit neun von 17 Kabinettsmitgliedern gibt es erstmals mehr Ministerinnen als Minister. Neu sind auch einige Zuschneidungen der bisherigen Ministerien sowie zwei zusätzliche Ressorts: „Wissenschaft und Innovation“ sowie „Gleichheit“.

Am wenigsten überraschend in der neuen Regierungsmannschaft Zapateros waren die Bestätigungen von María Teresa Fernández

de la Vega als stellvertretende Ministerpräsidentin und des als moderat geltenden Pedro Solbes als Wirtschafts- und Finanzminister. Auch der Verbleib von Elena Espinosa (Landwirtschaft), Elena Salgado (Öffentliche Verwaltung) und César Antonio Molina (Kultur) kommt alles andere als unerwartet. Zapatero hält jedoch auch an den umstrittensten seiner Minister fest. So galt nach dem Infrastrukturchaos in Katalonien der Abschied von Bauministerin Magdalena („Maleni“) Álvarez als beschlossene Sache. Zapatero entschied sich jedoch anders und bestätigte die Ministerin. Dies könnte besonders die Beziehungen zwischen Regierung und der christ-liberalen CiU belasten, da diese Partei am lautesten einen Rücktritt Álvarez' gefordert hatte. Auch Mariano



Fernández Bermejo (Foto) wurde von Zapatero erneut zum Justizminister ernannt. Dem von der oppositionellen PP als besonders links ideologisch angesehenen Minister wurde in der Vergangenheit unter anderem vorgeworfen, die Justiz zu politisieren, die Bekämpfung der ETA nicht entschlossen genug voranzutreiben und schwerwiegende Justizirrtümer zu verdecken. Bis kurz vor der Wahl hatte die Presse auch eine Ablösung von Miguel Ángel Moratinos im Außenministerium als beschlossene Sache angesehen. Moratinos war vor allem für die schlechten bilateralen Beziehungen zwischen Spanien und den USA und die umstrittene spanische Haltung zu Ländern wie Kuba und Venezuela verantwortlich gemacht worden. Ähnliches wie für Moratinos gilt auch für Innenminister Rubalcaba. Trotz des maßgeblich in seiner Verantwortung gelegenen und dramatisch gescheiterten „Friedensprozesses“ mit der Terrororganisation ETA darf Rubalcaba seinen Posten behalten. Mercedes Cabrera bleibt aller scharfen Kritik an der verpflichtenden staatlichen Werterziehung zum Trotz genauso Bildungsministerin wie der embryonale Stammzellforscher Bernat Soria Gesundheitsminister. Cándido Conde-Pumpido darf aller Kritik an seiner Parteilichkeit zum Trotz ebenfalls seinen Posten als Generalstaatsanwalt behalten. Wichtigste Neuerung der Ministerriege ist der Wechsel der bisherigen Wohnungsbauministerin Carme Chacón an die Spitze des Verteidigungsministeriums. Neue Woh-

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 14 |

21. APRIL 2008

www.kas.de/Spainen

nungsbauministerin wird die bisherige PSOE-Gemeinderätin von Madrid, Beatriz Corredor. Zum Arbeitsminister bestimmte Zapatero den ehemaligen Bürgermeister von L'Hospitalet de Llobregat (bei Barcelona), Celestino Corbacho. Dieser folgt damit Jesús Caldera nach, der sich um den Aufbau einer neuen PSOE-Parteistiftung kümmern soll (**vgl. Artikel auf S. 5**). Auch im Industrieministerium gibt es einen vollständigen Wechsel. Statt des Katalanen Joan Clos übernimmt jetzt der 2007 kläglich im Ren-



nen um das Madrider Bürgermeisteramt gescheiterte Miguel Sebastián (Foto) dieses Ressort. Eines der beiden neuen Ministerien erhält die Molekularbiologin und Biotechnik-Unternehmerin Cristina Garmendia, die ab sofort Ministerin für Wissenschaft und Innovation ist. Als „Gleichheitsministerin“ pflichtete Zapatero Bibiana Aído. Die erst 31jährige war bisher Abgeordnete des andalusischen Regionalparlamentes und Direktorin der andalusischen Flamenco-Gesellschaft. Bibiana Aído (Foto) ist damit die jüngste Ministerin der spanischen Geschichte.



Auf Staatssekretärsebene sind zwei Veränderungen besonders bedeutsam: Statt Alberto Navarro übernimmt der bisherige PSOE-Fraktionsvorsitzende Diego López Garrido das Amt des Staatssekretärs für Europäische Angelegenheiten. Bernardino León Gross, bisheriger Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, verlässt das Außenministerium und wird als Generalsekretär des Präsidialamts die rechte Hand Zapateros.

Auch an der Struktur der Ministerien nahm Zapatero Änderungen vor. So wird das Umweltministerium als solches abgeschafft und mit dem Landwirtschaftsministerium fusioniert. In diesem neuen Superministerium wird ein neuer Staatssekretärsposten für Klimawandel eingerichtet. Die Universitäten unterstehen zudem künftig nicht mehr dem Bildungsministerium, sondern dem neuen Ministerium für „Wissenschaft und Innovation“. Ein Staatssekretärsposten ist in diesem für die Universitäten zuständig. Das um die Universitäten „erleichterte“ Bildungsministerium erhält im Gegenzug neue Kompeten-

zen in der Sozialpolitik, etwa den Bereich „Familie“. Das bisherige „Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten“ wird aufgeteilt. Während die „sozialen Angelegenheiten“ weitgehend ins Bildungsministerium verlagert werden, erhält das Arbeitsministerium zusätzlich Kompetenzen in der Immigration und heißt künftig: „Ministerium für Arbeit und Immigration“. Völlig undefiniert ist das neue „Gleichheitsministerium“. Bisher existieren lediglich die Ministerin und die recht konfuse Stellenbeschreibung, sie solle sich für die Gleichberichtigung in der Arbeitswelt, gegen häusliche Gewalt und allgemein gegen Diskriminierung einsetzen. Wie nicht anders zu erwarten, wurde die neue Regierung mit Kritik überschüttet. Neben der neuen Verteidigungsministerin Carme Chacón (**siehe Artikel, S. 4**) konzentrierten sich diese vor allem auf die „mangelnde Erneuerung“ im Kabinett. PP-



Chef Mariano Rajoy (Foto) erklärte erwartungsgemäß, die neuen Minister bedeuteten lediglich ein „weiter so“ wie bisher. Er hoffe, so der Oppositionsführer, dass sich die neue Regierung endlich „um die wirklichen Probleme der Menschen kümmern“ werde. Sollte sie dies nicht tun, werde er sie zur „Verantwortung ziehen“. Die neue PP-Fraktionschefin Soraya Sáenz de Santamaría kritisierte vor allem die Bestätigung der Minister Fernández Bermejo und Álvarez. Der Verbleib der Bauministerin sei „unverständlich“. Sáenz de Santamaría bemängelte auch die Installation des ehemaligen Wirtschaftsberaters Zapateros, Miguel Sebastián, als Industrieminister. Es sei nicht gut, wenn es im Wirtschaftsbereich mit Solbes und Sebastián „zwei politische Köpfe“ gebe. Diese beiden Köpfe sind in der Vergangenheit schon öfters gegeneinander geprallt. Während Solbes für einen gemäßigten und liberalen Wirtschaftskurs steht, war Sebastián als Wirtschafts-Chefberater des Ministerpräsidenten einer der Hauptarchitekten des Scheiterns der Übernahme des spanischen Energieriesen Endesa durch das deutsche Unternehmen E.ON. Die regierungsfreundliche Zeitung „El País“ kommentierte deshalb, die Einsetzung Sebastián als Industrieminister sei ein „Stein im Schuh“ von Wirt-



NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 14 |
21. APRIL 2008

www.kas.de/Spainen

schafts- und Finanzminister Solbes. Und Pedro Solbes stellte gleich klar, dass er nicht gedenke, diesem „Stein“ zu viel Beachtung zu schenken. Bei seiner Antrittsrede als Minister machte er deutlich, dass, egal ob Miguel Sebastián der neue Star der Regierung sei, immer noch er selbst die Grundlagen der Wirtschaftspolitik festlege und die Gesetze unterschreibe. Gleichzeitig machte er klar, der Wirtschafts- und Finanzminister sei da, um zu gewährleisten, dass „immer die vernünftigsten Entscheidungen wie möglich“ getroffen würden.

Kritik an den neuen Ministern kam auch aus der konservativen Presse. So bemängelte die Internetzeitung „Libertad Digital“, Zapatero habe mit seinen Ernennungen die Politikbereiche, in denen Rajoy einen Konsens erreichen wolle, weiter „radikalisiert“. Auch die katholisch-konservative Zeitung „ABC“ kommentierte, die neue Regierung sei „genauso parteiisch und genauso links“ wie die letzte und gebe nicht das Bild einer „erneuerten Mannschaft“ ab, die der schweren Wirtschaftskrise entgegentreten und dabei Einigung und Konsens mit der oppositionellen Volkspartei suchen könne. Die liberale Zeitung „El Mundo“ kritisierte, die neuen Minister seien nicht dazu geeignet, um die „großen Probleme Spaniens“ zu lösen, sondern reflektierten lediglich das Bild, das Zapatero „von sich selbst“ habe. Der Ministerpräsident wolle als „großer Modernisierer“ in die Geschichte eingehen und betreibe mit seinen Ministerernennungen deshalb „Sozialpädagogik“.

Die regierungsnahen „El País“ sieht die „neue“ Regierung vor allem vor dem „Horizont des Jahres 2010“.



Im Jahr der spanischen EU-Ratspräsidentschaft sei die schwere wirtschaftliche Krise wahrscheinlich weitgehend ausgestanden, weshalb Zapatero dann mit Erneuerungen ein neues Bild seiner Regierung anstreben könnte. In einem Interview mit dem „Newsletter aus Madrid“ hob Enrique San Miguel von der Universität Rey Juan Carlos in diesem Zusammenhang hervor, Zapatero habe seine unbeliebtesten Minister deshalb belassen, um diese zu den Hauptangriffsflächen der Opposition zu machen. In den zu erwarteten schweren wirtschaftlichen Zeiten kön-

ne er persönlich so relativ unbeschadet davonkommen und sich in zwei Jahren durch eine radikale Kabinettsreform wieder als der „große Modernisierer“ präsentieren.

Das neue Kabinett Zapateros zeigt kein gemäßigtes, sondern ein deutliches „zapateristisch“-ideologisches Profil. Offenbar hat der Ministerpräsident seinen Wahlsieg als Bestätigung seines bisherigen ideologischen Kurses verstanden und sieht keinen Grund dafür, wichtige Politikbereiche in die Richtung der politischen Mitte zu orientieren. Die neuen Minister stehen damit scheinbar in deutlichem Kontrast zu den beschönigenden Worten von der Legislaturperiode ohne „crispación“ und dem Versprechen an die PP, den Konsens zu suchen. Auch die Ernennung des moderaten vormaligen Verteidigungsministers José Antonio Alonso zum PSOE-Fraktionsvorsitzenden hatte die Hoffnung auf eine gemäßigtere und dialogbereitere Legislaturperiode genährt.

>> Scharfe Kritik an neuer Verteidigungsministerin Chacón

Eine selbsternannte „Ökopazifistin“ als spanische Verteidigungsministerin? Für den alten und neuen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero ist dies kein Widerspruch. Seit Anfang dieser Woche trägt die



37jährige Carme Chacón (Foto) als erste Frau überhaupt die Hauptverantwortung für die Verteidigung Spaniens. Ministerpräsident Zapatero zeigte sich überzeugt davon, Chacón kön-

ne ihr Amt als Verteidigungsministerin „genauso gut oder sogar noch besser“ als ein Mann ausfüllen.

Bei ihrem Amtsantritt erklärte Chacón, die Tatsache, dass eine Frau an der Spitze des spanischen Verteidigungsministeriums stünde, sei ein Beweis für die Identifikation der spanischen Gesellschaft mit den Streitkräften. Die „Verteidigung Spaniens“ werde durch die „Intelligenz und den Wert“ der Frauen verbessert. Gleichzeitig setzte Chacón ihre Prioritäten für die nächste Legislaturperiode fest: Die Unterstützung von „Frieden und Sicherheit“, den Respekt vor dem Völkerrecht und die Stärkung der UNO und des Multilateralismus. Sie trete ihren Posten aus „tiefer Liebe zu diesem vereinten

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 14 |

21. APRIL 2008

www.kas.de/Spainen

und unterschiedlichen Spanien" („*España unida y diversa*“) an.

Die Ernennung zur Verteidigungsministerin ist der bisherige Höhepunkt der senkrechten politischen Karriere der gelehrten Juristin Chacón. Diese führte von der stellvertretenden Bürgermeisterin von Esplugues de Llobregat (Barcelona) über die Vizepräsidentschaft des



spanischen Parlaments bis ins Wohnungsbauministerium. Chacón hat in keiner ihrer bisherigen Funktionen eine unmittelbare Beziehung zur Verteidigungspolitik gehabt, sondern sich vor allem mit Kultur- und Föderalismusfragen befasst. Als Mitglied der katalanischen Sozialisten (PSC) steht sie für eine starke Position Kataloniens innerhalb Spaniens.

Aus diesen Gründen ließ scharfe Kritik an Chacóns Ernennung nicht auf sich warten. Der Erste Vizepräsident des Europäischen Parlamentes, Alejo Vidal Quadras (PP), erklärte, wenn es irgendein Beispiel für jemanden gebe, die ungeeignet sei, die spanischen Streitkräfte zu führen, dann sei es „diese Dame“. Die Armee sei dazu da, die „Einheit Spaniens“ zu gewährleisten und da sei es „fast eine Beleidigung“, eine Frau zur Verteidigungsministerin zu machen, die eine „katalanische Nationalistin“ sei und „absolut nichts“ von Verteidigung verstehe.

Etwas vorsichtiger formulierte es die PP-Fraktionsvorsitzende Soraya Sáenz de Santamaría (Foto). Sie betonte, Chacón behandeln zu wollen, „als sei sie ein Mann“, und forderte Zapatero auf, aufzuhören, durch seine Ernennungen Frauen „als Symbole“ zu behandeln. Auch Josep Antoni Duran i Lleida, der Vorsitzende der katalanischen Christdemokraten (UDC) zeigte sich „überrascht“ darüber, dass jemand mit „so wenig Erfahrung“ wie Chacón ein „so wichtiges und entscheidendes Ministerium“ übernehme.



Vielen Beobachtern der politischen Szene erscheint klar, dass Zapatero mit der Ernennung von Carme Chacón vor allem Zeichen setzen wollte. Nicht ihre Erfahrung oder ihre fachliche Eignung sind der Hauptgrund für ihre Berufung, sondern ihre Weib-

lichkeit. Mit dem Berufen einer Frau an die Spitze der angeblichen Männerdomäne Militär kann Zapatero weiter sein „progressives“ Image pflegen. So viel Experimentierfreudigkeit war selbst der sonst fast immer Zapatero-freundlichen Zeitung „El País“ zu viel. Die Berufung Chacóns, so das Blatt, sei wegen der geringen Erfahrung der neuen Ministerin „sehr riskant“.

Carme Chacón bringt eine weitere Neuheit in ihr Ministeramt – sie ist schwanger. Als erste spanische Ministerin überhaupt wird sie während ihrer Amtszeit ein Kind bekommen. Die konservative „Gruppe für Strategische Studien“ (GEES) kritisierte dies auch sofort. Es sei nicht gut, wenn die Inhaberin eines derart bedeutsamen Ressorts kurz nach Amtsübernahme bereits wieder eine Auszeit nehmen müsse.



>> Jesús Caldera soll PSOE-Parteistiftung aufbauen

Der abgelöste Arbeits- und Sozialminister Jesús Caldera (Foto) hat von seinem Parteifreund José Luis Rodríguez Zapatero eine neue Aufgabe übertragen bekommen. Künftig soll er sich um den Aufbau einer einheitlichen



PSOE-Parteistiftung kümmern. Dazu sollen die bisherigen vier den Sozialisten nahe stehenden Stiftungen „Fundación Pablo Iglesias“, „Fundación Jaime Vera“, „Españoles en el Mundo“ und „Progreso Global“ zusammengefasst werden. Als Vorbild dient dabei die der PP nahe stehende Stiftung FAES, deren Vorsitzende der ehemalige Ministerpräsident José María Aznar ist. Auch die FAES ist eine Fusion aus mehreren kleineren konservativen, christdemokratischen und liberalen Stiftungen.



Die neue sozialistische Parteistiftung soll auf dem nächsten Parteitag der PSOE in der ersten Juliwoche beschlossen werden. Ihre Aufgabe wird nach Informationen der Zeitung „El País“ in der „Reflexion über progressive Prinzipien und die neuen Herausforderung der Gesellschaft“ bestehen. Zudem sollen potenzielle künftige Führungsfiguren für die Partei geformt und gefördert werden. Jesús Caldera erklärte, er habe immer das getan, was Ministerpräsident Zapatero von

NEWSLETTER**AUS MADRID**

AUSGABE 14 |

21. APRIL 2008

www.kas.de/Spainen

ihm gefordert habe, und er werde auch diese neue Aufgabe „mit allem Enthusiasmus“ angehen.

>> **Sachschäden und Verletzte nach ETA-Bombe**

Zum wiederholten Mal ist die Sozialistische Partei Opfer eines Bombenanschlages der baskischen Terrororganisation ETA geworden. Am 17. April explodierte um 6 Uhr



morgens ein Sprengsatz in einer PSOE-Zentrale der baskischen Hauptstadt Bilbao (Foto). Da die ETA eine Dreiviertelstunde vor der Detonation vor dem Anschlag gewarnt hatte, konnte die Polizei die angrenzenden Gebäude evakuieren. Insgesamt wurden sieben Sicherheitskräfte leicht verletzt. Zudem entstanden schwere Sachschäden.

Erst am 2. April hatte die ETA in einem von der baskischen Zeitung „Gara“ veröffentlichten Kommuniqué gedroht, Ministerpräsident Zapatero werde „weder Frieden noch Stabilität“ erreichen können, so lange er das „baskische Recht auf Selbstbestimmung“ nicht anerkenne. Zudem hatte die ETA erklärt, die PSOE-Mitglieder sollten „nicht glauben, dass die ETA mit verschränkten Armen dastehe“, während die Regierung dafür Sorge, dass ihre Mitglieder „festgenommen und gefoltert“ würden.

Vertreter von Regierung und Opposition verurteilten gleichermaßen das Attentat. In einer Erklärung der PSOE heißt es, die Demokraten würden „nicht schweigen“, bis der ETA-Terror verschwinde. Als einzige Partei schwieg die ANV, gegen die ein Verbotsverfahren wegen vermeintlicher Nähe zur ETA läuft, zu dem Anschlag.

Vertreter von Regierung und Opposition verurteilten gleichermaßen das Attentat. In einer Erklärung der PSOE heißt es, die Demokraten würden „nicht schweigen“, bis der ETA-Terror verschwinde. Als einzige Partei schwieg die ANV, gegen die ein Verbotsverfahren wegen vermeintlicher Nähe zur ETA läuft, zu dem Anschlag.

>> **Personelle Konsequenzen nach Atomunfall gezogen**

Der erst von der Umweltorganisation „Greenpeace“ entdeckte Nuklear-Unfall, bei dem radioaktives Material aus einem Kraftwerk in der Nähe der katalonischen Stadt



Tarragona (Foto) entwichen war (vgl. Newsletter 13), hat jetzt den Direktor des betroffenen Kernkraftwerks seinen Job gekostet. Nachdem neue Untersuchungen ergeben hatten, dass die radioaktive Belastung im Umfeld des Kraftwerks

deutlich höher ist, als zunächst angegeben, entschloss sich der Betriebsrat der Kernkraftwerksbetreiberfirma Ascó, den Direktor des Kraftwerkes, Rafael Gasca, zu entlassen.

Die Nationale Kernenergiebehörde (CSN) gab unterdessen bekannt, auch die neuen gemessenen Strahlungswerte lägen noch unter dem gesetzlichen Minimum. Nichts desto trotz sollen 800 Menschen zu Vorsorgeuntersuchungen herangezogen werden. 579 Anwohner seien bereits untersucht worden. Dabei hätten „keinerlei Indizien“ für eine radioaktive Belastung festgestellt werden können, so die CSN.

>> **Regierung beschließt Wasser-Umleitung aus dem Ebro nach Katalonien**

In Spanien dürfte die Wasserknappheit eines der dringendsten Probleme der Zukunft werden. Einen kleinen Vorgeschmack auf mögliche künftige Auseinandersetzungen bietet derzeit



der Streit um die Behebung der Rekord-Dürre in Katalonien. Die Regierung in Madrid und die Regionalregierung in Barcelona haben sich jetzt darauf geeinigt, Wasser aus dem Fluss Ebro über 70 Kilometer nach Barcelona zu leiten. Die Bauarbeiten für das geplante Röhrensystem sollen am 1. Mai beginnen. So soll geholfen werden, die Wasserknappheit in der Millionenstadt zu



beheben. Barcelona (Foto) hat derzeit nur noch 20 Prozent seiner Wasserreserven. Das Benutzen von Gartensprenganlagen und das Waschen von Autos sind deshalb untersagt.

Vertreter anderer spanischer Regionen zeigten sich erzürnt über die jetzt gefundene Lösung. So hatte die sozialistische Regierung die von den Regionen Murcia und Comunitat Valenciana geforderten und von der Aznar-Regierung beschlossenen Umleitungen von Ebro-Wasser in ihre Regionen gestoppt. Der Regionalpräsident der Comunitat Valenciana, Francisco Camps (PP), wirft Zapatero eine „Erniedrigung“ seiner Region vor. Er werde alle Mittel nutzen, um gegen die Entscheidung des Ministerpräsidenten vorzugehen. Auch Straßendemonstrationen schloss Camps genauso wenig aus wie auch

NEWSLETTER**AUS MADRID**

AUSGABE 14 |

21. APRIL 2008

www.kas.de/Spainen

der Regionalpräsident von Murcia, Ramón Luis Valcárcel, der ebenfalls der PP angehört. Beide kündigten an, notfalls vor das spanische Verfassungsgericht zu ziehen, falls lediglich Katalonien Wasser aus dem Ebro erhalten sollte. Der Ton in der Auseinandersetzung um das Wasser ist derart rau, dass die Presse mittlerweile schon von einem „Wasser-Krieg“ spricht.

Wie dramatisch die Trockenheit in Katalonien ist, illustriert der Satz, mit dem der katalanische Regionalpräsident José Montilla (Foto) seine Forderung nach Wasser aus dem Ebro begründete. „Auch Katalonien ist ein Teil Spaniens“, so der sozialistische Politiker. Solche Sätze kommen einem Katalanen nur in größter Not über die Lippen.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Madrid
V.i.S.d.P: Michael Däumer
Redaktion: Michael Däumer/
Sebastian Grundberger
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: info@fka-madrid.org
Web: www.kas.de/Spainen

>> Nachgehakt: 6.000 Euro Strafe für Minirockzwang in Krankenhaus

Der Streit um den Minirockzwang für Krankenschwestern in einem Krankenhaus in Cádiz ist beendet. Arbeitsinspektoren verpflichteten die „Clínica San Rafael“ zu einer Geldbuße von 6.000 Euro. Die klinikinterne Regelung, wonach Krankenschwestern, die sich weigern einen Minirock zu tragen, mit Gehaltseinbußen von 30 Euro im Monat rechnen müssten, verstoße gegen den Gleich-



behandlungsgrundsatz, so die Begründung. Die Betreibergesellschaft des Krankenhauses erklärte in einem Statement, die Uniform der Krankenschwestern sei einfach eine Frage des „modischen Geschmacks“ und solle das Personal in „keiner Weise“ beleidigen. Gleichzeitig beklagte die Klinik, der Vorfall sei vom „Sensationalismus der Medien“ unnötig aufgebauscht worden.

>> Letzte Ausgabe des „Newsletter aus Madrid“



Die vorliegende Ausgabe des „Newsletters aus Madrid“ ist auch die letzte. Nach insgesamt 146 Ausgaben stellt das KAS-Auslandsbüro Madrid für Spanien und Portugal seine erstmals am 7. April 2004 erschienenen wöchentliche Publikation ein. Grund ist eine Veränderung der Personal-

struktur des Auslandsbüros. Der bisherige Auslandsmitarbeiter Michael Däumer gibt seine Aufgabe am 28. April 2008 kommissarisch an die KAS-Auslandsmitarbeiterin in Paris, Dr. Beatrice Gorawantschy, ab. Nach einigen Wochen Vorbereitungszeit wird Michael Däumer zum 1. Juni 2008 die Leitung des KAS-Regionalprogramms Nahost / Mittelmeer mit Sitz in Amman / Jordanien übernehmen.

Im Namen aller Autoren des „Newsletters aus Madrid“, insbesondere von Herrn Michael Däumer und seinen ehemaligen und aktuellen Redakteuren Stefan Reith und Sebastian Grundberger, möchten wir uns ganz herzlich für Ihr Interesse an unserem Newsletter bedanken. Das Schreiben hat uns viel Freude gemacht und Ihnen, wie wir hoffen, Spanien und Portugal näher gebracht. Wir wünschen uns, dass Ihr Interesse für die Iberische Halbinsel auch ohne unseren Newsletter bestehen bleibt.

Dennoch werden Sie nicht auf Informationen über die Entwicklungen auf der Iberischen Halbinsel verzichten müssen. Über unsere laufende Länderberichterstattung bleiben wir Ihnen weiterhin verbunden.

